

Archiv

Verlag für Sozialistische Presse  
Postfach 1000, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

29. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/176

Bonn, den 29. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
- 2	... Schweigen wäre Gold ----- Zur letzten Fernsehkonferenz Adenauers Von Franz Barsig	51
2	Wahlkampfthema Berlin? ----- Eine Mahnung Willy Brandts	25
3 - 4	Die neue Streikwelle in Spanien ----- Von Peter Michels	98
5 - 7	Krankenversicherungsreform und "Leistungsmissbrauch" ----- Von Prof. Dr. Ernst Schollenberg, MdB	116

\* \* \*  
\* \* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel  
(z.Zt. abwesend)  
Verantwortlich: Albert Exler

... Schweigen wäre Gold

Zur letzten Fernsehkonferenz Adenauers

Von Franz Barsig

Der neue Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Herr von Hase, - die Geschichte ist allerdings nicht verbürgt - soll kurz nach seinem Amtsantritt darauf gedrungen haben, daß Rundfunk- und Fernsehaufnahmen des Bundeskanzlers grundsätzlich nur am Vormittag erfolgen sollen, weil die Konzentrationsfähigkeit des Bundeskanzlers am Nachmittag nachlasse.

Die gestrige Fernseh-Pressekonferenz mit Dr. Adenauer wurde zwar erst gegen 22 Uhr gesendet, aber er war entsprechend dieser Überlegung eine im übrigen technisch schlechte Ampex-Aufnahme zu einer früheren Zeit. Geholfen hat das Rezept nicht, im Gegenteil, man wünschte sich nach der Sendung, sie hätte überhaupt nicht stattgefunden. Einer der Kernsätze Dr. Adenauers war, daß man alles vermeiden müsse, in Europa Uneinigkeit zur Schau zu tragen, weil das in der gegenwärtigen Situation nur den Sowjets nützen könne. Hätte er sich doch im Verlauf der ganzen Fernseh-Pressekonferenz immer an diesen Satz erinnert! So haben wir jetzt bereits den "Erfolg" zu verzeichnen, daß es neue Mißstimmigkeiten zwischen Großbritannien und dem deutschen Bundeskanzler gibt und selbst wenn nun die satlichen Interpretationsmaschinen wieder versuchen werden, es so darzustellen, als wenn alles anders gemeint war, wird die Verstimmung bleiben.

Es steht einem Bundeskanzler wirklich nicht gut an zu behaupten, der britische Premierminister habe innerhalb von vier Tagen völlig andere Auffassungen über die Europapolitik geäußert, wenn wenige Stunden später der derartig angegriffene britische Premier Teile seines Briefes an Dr. Adenauer veröffentlichen läßt, die das Gegenteil dessen beweisen, was der Bundeskanzler gesagt hat und das britische Außenministerium sich dagegen verwahrt, daß man Macmillan einer zweideutigen Europa-Politik bezichtigte.

Es ist auch nicht gut, wenn man den belgischen Außenminister Spaak in aller Öffentlichkeit erst als Störenfried und dann als reinigen Sünder klassifiziert und behauptet, daß man von der holländischen Haltung nichts wisse, obwohl der holländische Außenminister Luna sehr eindeutig klargemacht hat, daß seine Regierung eine Aufnahme Großbritanniens auch in die geplante westeuropäische politische Union wünscht.

Auf jeden Fall hat Dr. Adenauer die im September neu bevorstehenden Verhandlungen über den EWG-Beitritt Großbritanniens durch seine Ausführungen nicht verbessert, sondern stimmungsmäßig weiter verschlechtert. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, im Grunde genommen kommt es immer auf dasselbe heraus: Trotz vielfacher gegenseitiger Beteuerungen ist Adenauer im Gegensatz zu seinen Außenminister und auch der Mehrheit seiner Fraktion ein Gegner des britischen EWG-Beitritts, und aus der politischen Union möchte er dieses Land aber, wenn es geht auch Dänemark und Norwegen, unter allen Umständen heraushalten. Das zeigt schon allein das so primitive Argument, daß Abstimmungen bei einer größeren Teilnehmerzahl mit Schwierigkeiten verbunden

sind. Als wenn es nicht die NATO gebe, in der noch weit mehr westliche Nationen Sitz und Stimme haben.

Aber was macht es ihm schon aus, in die Fettnäpfchen zu treten. Bisher hat man in Washington nur mit Erstaunen registriert, daß der Bundeskanzler in seinem Antwortschreiben auf den Brief Kennedys mitgeteilt hat, daß sein Vertrauen zur amerikanischen Führungsmacht verstärkt worden sei, nachdem er in Bonn mit dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Eisenhower konferiert habe. Da man in Washington noch besser weiß, daß wichtige Zwischenwahlen in den Vereinigten Staaten bevorstehen, wird man sich auf diese seltsame Passage in dem Adenauer-Brief schon seinen richtigen Reim machen. Man stelle sich einmal vor, Präsident Kennedy würde kurz vor deutschen Wahlen offiziell mitteilen, er habe zur deutschen Politik volles Vertrauen, nachdem er mit Vertretern der Opposition gesprochen habe.

Aber offenbar glaubt man, man könne sich derartige Dinge ungestraft leisten in einer Zeit, in der die politischen Herbststürme unmittelbar bevorstehen.

Es bleibt noch abschließend zu registrieren, daß der Bundeskanzler treuherzig erklärt hat, er habe mit dem französischen Staatspräsidenten niemals über die französische atomare Aufrüstung gesprochen, und die Idee eines NATO-Dreier-Direktoriums sei ebenfalls niemals erörtert worden. Wer es glaubt soll selig werden. Aber auch Mitleid kann nicht grenzenlos bleiben und die CDU/CSU wird sehr bald überlegen müssen, ob sie diese Tugend nicht zu sehr strapaziert.

+ + -

#### Wahlkampfthema Berlin ?

-----

sp - Die beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten, die Demokraten und die Republikaner, stehen schon mitten im Kampf um die Neu- besetzung eines der Drittel der Sitze im Repräsentantenhaus. In amerikanischen Wahlkämpfen geht es nicht gerade zimperlich zu, es wird hart ge- boxt, oft über das Ziel hinausgeschossen. Schwere Geschütze richten die vor zwei Jahren geschlagenen Republikaner gegen die Demokraten, und man- che unterliegen der Versuchung, auch die Berlin-Frage zum Wahlkampfthema zu machen - wofür sie sich wirklich nicht eignen. Was wäre damit gewon- nen? Niemand wird den beiden großen Parteien vorschreiben wollen, wie sie den Wahlkampf zu führen haben und an welchen Gegensätzen und Streit- fragen er sich entzünden soll. Schlimm wird es nur, wenn politische Grup- pen außerhalb der Vereinigten Staaten sich in dieses Spiel mit einmischen und gewisse Akzente setzen wollen.

Es ist kein Geheimnis, daß einflußreiche Kreise bis weit in die CDU/ CSU hinein den seinerzeitigen Wahlsieg Kennedys noch nicht verschmerzen und aus purer Gegnerschaft zu ihm nun seine innerpolitischen Opponenten wieder am Ruder sehen. Die Zeichen einer Anti-Kennedy Kampagne in der Bundesrepublik sind nicht mehr zu übersehen, und daß sie erfolgte zu Be- ginn des amerikanischen Wahlkampfes, läßt auf einen Gleichklang mit jener der Republikaner schließen. Die deutschen publizistischen Helfer unter- liegen einem gründlichen Irrtum, sollten sie annehmen, sie könnten Kenne- dy über Berlin zu Fall bringen. Diese Art von Schützenhilfe kann sogar den Republikanern ziemlich peinlich werden, aber sie nützt nicht dem Selbstbehauptungskampf Berlins. Die Berlin-Politik der Vereinigten Staa- ten steht fest, unabhängig davon, wie der Kampf um die Neuwahl eines Drit- tels des amerikanischen Repräsentantenhauses ausgehen mag. Wer Berlin zum Wahlkampfthema erhebt, macht - um mit Willy Brandt zu sprechen - das Le- ben für die Berliner nur noch schwerer.

+ + +

## Die neue Streikwelle in Spanien

Von Peter Michels

In den letzten Tagen ist deutlich geworden, daß die zweite Welle der spanischen Arbeiterstreiks dieses Jahres bereits im Anlaufen ist. Ein neuer Streikausbruch konnte nach der Welle der Frühjahrsstreiks nicht lange ausbleiben, da in seinem Ergebnis an vielen Orten und für bedeutende Arbeitergruppen der neu erlangte Lohn als eine Art legaler Streikprämie gelten mußte. Um wenigstens ein einheitliches Anwachsen dieser neuen Streikgefahr einzudämmen und auf jeden Fall gegen eine lawinenartige Ausbreitung einer möglichen neuen Streikbewegung rechtzeitig und präventiv Gegenmittel einzusetzen, haben die Minister der Franco-Regierung und einige ihrer prominentesten Verantwortlichen für die "sozialen Belange" in den letzten Wochen große Anstrengungen gemacht. Mit Zusagen, mit wohlklingenden Ankündigungen und mit süßen sozialen Phrasen wurde nicht gespart. Eine konzentrische Kampagne ergoß sich über das Land und schien dem letzten Bürger beweisen zu wollen, daß etwa jedes neue Wohnheim an irgendeinem Ort, jeder neueröffnete berufliche Lehrgang oder jede neueingeweihte Erholungsstätte der staatlichen Sozialversicherungs-Anstalt zugleich ein besonderes Glanzstück in der endlosen Kette der "sozialen Verbesserungen" sei, die das Franco-Regime dem spanischen Volk bringe. Von Stadt zu Stadt führten die Regierungssprecher und die staatlichen Syndikat-Chefs, um größere, kleinere und auch ganz unwesentliche neue Kollektiv-Verträge unterzeichnen zu lassen und mit großen Reden und bestellten Dankadressen in Szene zu setzen. Das war in diesen Wochen ein dramatischer Wettlauf Francos mit der drängenden Zeit und mit der heranrückenden neuen Streikgefahr.

### Vergebliche Bemühungen

Offensichtlich war das Bemühen vergeblich, mit Hilfe eines starken Nebels neo-liberaler und sozialer Publizität den Ausbruch einer neuen Streikbewegung zu verhindern oder auch nur für einige Zeit hinauszuzögern. Sie zeigt an, daß insbesondere in den führenden Industriezentren die spanischen Arbeiter jetzt das so lange dominierende Gefühl der Angst vor dem Regime, der Scheu vor einem selbständigen öffentlichen Auftreten, der lähmenden und letztlich niederzwingenden Schwäche überwunden haben. Eine junge Generation von spanischen Arbeitern steht jetzt im Vordergrund, die die blutige Niederlage vor einem Vierteljahrhundert und den jähen Absturz in die Unterdrückung nicht am eigenen Leib erlebt und darum das lähmende Erlebnis der Niederlage höchstens aus der Überlieferung kennen. Diese heranwachsenden jungen Arbeiter, sind erst recht nach dem großen Erfolg der ersten Streikwelle dieses Frühjahrs von einem kaum noch gezügelten zutiefst spanischen Eifer erfüllt, die Vertretung ihrer Interessen und das Eintreten für mehr Rechte und für mehr Menschenwürde in Spanien nunmehr in ihre eigenen Hände zu nehmen. Hinter dieser Haltung steht ein großer Ernst und eine erschütternde Bereitschaft.

Für den jetzigen Anfang der zweiten Runde der spanischen Streikbewegung ist charakteristisch, daß sie von den ersten Schritten an ein

erstaunlich hohes Niveau an organisierter Haltung und solidarischem Auftreten zeigt. Inwieweit nach den vorangegangenen Erfahrungen dieses Frühjahrs die streikenden Bergarbeiter Asturiens mit gesteigertem Selbstbewusstsein zugleich eine starke Verantwortung empfinden, weil offenbar das ganze Land auf sie sieht und jeder ihrer Schritte und Reaktionen in der Welt heute Widerhall findet, das kann hier als Frage jetzt nur aufgeworfen werden. Auf jeden Fall ist es für die Disziplin und den hohen Reifegrad der neuen Streikwelle bezeichnend, dass sie sich diesmal nicht an bestimmten Teilfragen und Teilforderungen, sondern an konkreten Fragen der kollektiven Solidarität und der notwendigen kollektiven Aktion entzündet hat.

### Der Ruf nach Freiheit

Um eine gerechte Auslegung und Anwendung der letztthin erreichten Lohnzuschläge, um eine Sicherung der Mitbestimmung der Arbeiter bei der gerechten Verteilung dieser von ihnen erkämpften Lohnzulagen und um einen solidarischen Protest gegen eine verkappte Straferlassung eines Vertrauensmanns der Kumpels einer Grube entfachten sich in der dritten Augustwoche die ersten Streiks dieser neuen Streikwelle. Am ersten Tage streikten die Arbeiter dreier Gruben - und die Behörden legten die Gruben still und sperrten die Arbeiter aus. Am zweiten Tag waren es schon sieben Gruben, die vom Streik erfasst waren. Am dritten Tag dieser neuen Streikwelle sprachen die offiziellen Madrider Meldungen bereits von achttausend streikenden Bergarbeitern, während die ausländische Presse die wirkliche Zahl der Streikenden viel höher hält. Am fünften Tag erwähnte der nüchterne Radiokommentar der BBC-London die Zahl von 50 000 Streikenden. Zwar sei es sicher, dass die Maschine des Franco-Regimes noch stark genug sei, um der neuen Streikflut standzuhalten, aber es sei offensichtlich, dass die Kräfte der Maschine angesichts der Stimmung des Landes schwächer werden. Die neuen Streiks mit ihren weitgehenden Forderungen allgemeiner Art führen jetzt den öffentlichen Nachweis, dass das Volk von Spanien mehr soziale Rechte und bürgerliche Freiheiten erwarte und fordere.

Es ist in der Tat eindrucksvoll, mit welchem Geschick und mit welcher Sicherheit die streikenden asturischen Arbeiter bei ihren ersten grösseren öffentlichen Schritten, die aus der Nacht der Franco-Diktatur hinausführen, diese Losungen nach mehr Lebensrecht und nach mehr Freiheit in einer einzigen knappen Arbeiterforderung zusammengefasst haben - in der Forderung nach der Fünftagewoche! Nicht nur Gewerkschafter und Arbeiter, sondern grössere Teile des spanischen Volkes erkennen jetzt auf einmal, dass die Arbeiterforderungen an das Regime viel mehr bedeuten als ein Ringen um enggefasste materielle und soziale Vorteile. Jedenfalls die asturischen Arbeiter, die nun als der aktivste und selbstbewussteste Teil des spanischen Volkes hervortreten, machen Ernst damit, wenigstens durch die Ausrichtung ihrer Forderungen sich auf den Anschluss an den sozialen Status der Völker Westeuropas zu orientieren. Diese zweite spanische Streikwelle kann unversehens europäische Auswirkungen haben.

Krankenversicherungsreform und "Leistungsmissbrauch"

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

In seiner ersten offiziellen Ankündigung "Zur Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung" ließ der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung am 30. Oktober 1952 erklären:

"Das System, die Ausgaben für die Krankenpflege nur durch Beiträge zu finanzieren, führt dazu, daß ein großer Teil der Versicherten bestrebt ist, aus der Krankenkasse herauszuholen, was möglich ist. Dieses Bestreben führt zu vielen Mißbräuchen."

Dementsprechend waren bereits die früheren Entwürfe des Bundesarbeitsministers (BAM) von der Auffassung beeinflusst, daß bei einer Krankenversicherungsreform dem "Leistungsmissbrauch" entgegengetreten werden müsse. Der neue Entwurf des BAM wird noch stärker von derartigen Vorstellungen bestimmt. Dazu mag beigetragen haben, daß einflußreiche Kreise in den Regierungsparteien die Bekämpfung des "Leistungsmissbrauchs" als eine unabhängige Voraussetzung für die von der Bundesregierung angekündigte Lohnfortzahlung im Krankheitsfälle betrachten.

Zur Bekämpfung des "Leistungsmissbrauchs" sind Sonderbeiträge, Kostenbeteiligungen und vertrauensärztliche Maßnahmen vorgesehen.

Bedenken gegen Sonderbeiträge

Alle Pflichtversicherten, freiwillig Versicherten und Rentner sollen zusätzlich einen Sonderbeitrag von 2 Prozent ihres Lohnes, Gehaltes oder ihrer Rente bis zu einem Höchstbetrag von 180.-- DM jährlich entrichten. Das Gesamtaufkommen aus den Sonderbeiträgen wird etwa 2 Milliarden DM jährlich betragen.

Von dem Sonderbeitrag des einzelnen Versicherten und Rentners werden nach Schluß des Kalenderjahres 25 Prozent (!) der Aufwendungen für seine ärztliche und zahnärztliche Behandlung und die seiner Angehörigen als Kostenbeteiligung abgebucht; etwa überschüssende Beträge werden zurückerstattet.

Gegen eine Kostenbeteiligung für ärztliche und zahnärztliche Behandlung - auch in der neuen Form eines Sonderbeitrages - sind vor allem

1. gesundheitspolitische und
  2. sozialpolitische Bedenken
- zu erheben.

1.) Durch die Einführung von Kostenbeteiligungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung soll erreicht werden - die verwaltungstechnische Seite der Angelegenheit ist hier von sekundärer Bedeutung -, daß ärztliche Leistungen weniger häufig als gegenwärtig in Anspruch genommen werden. Das aber ist gesundheitspolitisch auch wegen des notwendigen Ausbaus der Vorsorge höchst bedenklich. Selbst wenn man unterstellt, daß heute ärztliche Leistungen zu oft beansprucht werden, so ist dies ein geringeres Übel verglichen damit, daß diese Leistungen nach Einführung von Kostenbeteiligungen zu einem späteren Zeitpunkt und seltener als jetzt erbeten würden.

Ist es schon gesundheitspolitisch sehr problematisch, durch Kostenbeteiligungen "Missbrauchsbekämpfung" hinsichtlich der ärztlichen Behandlung betreiben zu wollen, so ist die Vorstellung von zu verhütendem "Leistungsmissbrauch" bei zahnärztlicher Behandlung wohl absurd.

2.) Der Sonderbeitrag bedeutet eine Sonderbelastung namentlich von Familien mit Kindern und Rentnern. Diese Gruppen könnten kaum mit einer Rückerstattung ihres Sonderbeitrages rechnen; nicht deshalb, weil sie etwa mehr als andere Mißbrauch treiben, sondern weil sie zwangsläufig in stärkerem Maße auf ärztliche Hilfe angewiesen sind. Deshalb ist die Sonderbelastung, die sich für die Familie und die ältere Generation aus der beabsichtigten Kostenbeteiligung bei ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung ergibt, mit dem Grundsatz des sozialen Ausgleichs, den die Sozialversicherung zu vollziehen hat, unvereinbar.

#### ... und weitere Kostenbeteiligungen

Über die Kostenbeteiligungen für ärztliche und zahnärztliche Behandlung hinaus sind - unabhängig von der Entrichtung des Sonderbeitrages - Zuzahlungen für Arzneien, Verband- und Heilmittel sowie bei Krankenhauspflege, ferner bei Zahnersatz und Hilfsmitteln vorgesehen. Insgesamt werden also drei verschiedene Verfahren der Beteiligung von Versicherten und Rentnern an den Kosten der Krankenpflege für zweckmäßig erachtet.

Sozialpolitisch und gesundheitspolitisch ist auch hinsichtlich dieser weiteren Kostenbeteiligungen entscheidend, daß die finanzielle Belastung um so höher sein soll, je schwerer der Versicherte oder seine Angehörigen von Krankheit betroffen sind. Von der früheren These, wonach durch Kostenbeteiligung vor allem dem "Mißbrauch bei Bagatellfällen" begegnet werden sollte, ist jetzt nicht mehr die Rede.

Die bei Krankenhauspflege vorgesehene Kostenbeteiligung in Höhe von 15 Prozent des Pflegesatzes bedeutet, daß zum Beispiel in Großstädten die auch bei niedrigstem Einkommen einschließlich der Rentner für sich und ihre Angehörigen bei Krankenhausaufenthalt eine Zuzahlung von etwa 100 DM monatlich zu leisten hätten. Diese Kostenbeteiligung soll zur verwaltungstechnischen Vereinfachung unmittelbar vom Krankenhaus eingezogen werden.

#### Krankenstand und Kostenbeteiligung

Es ist üblich, die Notwendigkeit zur Bekämpfung des "Leistungsmissbrauchs" mit dem erhöhten Krankenstand zu begründen. Wenn es auch an dieser Stelle unmöglich ist, die vielschichtigen Probleme des Krankenstandes zu erörtern, so sei doch bemerkt, daß auf den Krankenstand erhebliche Faktoren wie gesetzliche Änderung der Leistungsdauer, Einbeziehung gesundheitlich geschwächter Personen in den Arbeitsprozeß einwirken.

Wie dem auch sei, auf jeden Fall ist es ein Irrtum zu meinen, daß der Krankenstand nennenswert durch Kostenbeteiligungen dieser oder jener Art beeinflußt werden könnte. Dies schon deshalb nicht, weil die beabsichtigten Kostenbeteiligungen zu etwa 80 Prozent Personen betreffen, die kein Krankengeld beziehen, zum Beispiel Rentner, Familienangehörige, freiwillig Versicherte, Angestellte (in den ersten sechs Wochen der Arbeitsunfähigkeit), in ärztlicher Behandlung stehende Arbeiter, die nicht arbeitsunfähig sind. Für all diese Personengruppen ist die Behauptung, durch Kostenbeteiligungen könnte der Krankenstand gesenkt werden, abwegig.

#### Vertrauensärztliche Maßnahmen zur "Mißbrauchsbekämpfung"

Schon frühere Entwürfe für ein Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz sahen, obwohl damals eine Lohnfortzahlung nicht beabsichtigt war, eine Verschärfung des vertrauensärztlichen Dienstes vor. Jetzt wird die Intensivierung des vertrauensärztlichen Dienstes mit der in Aussicht genommenen Lohnfortzahlung begründet.

Niemand bestreitet, daß die Verwirklichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter gesellschaftspolitisch von hoher Bedeutung ist. Außerdem würde sich für Arbeiter dadurch eine Beitragssenkung ergeben, der allerdings die Erhebung des Sonderbeitrags gegenübersteht. Dennoch bringt aber die Lohnfortzahlung dem einzelnen Arbeiter bei Arbeitsunfähigkeit kaum eine Leistungserhöhung, weil das Krankengeld schon jetzt zusätzlich Arbeitgeberzuschuß im Grundsatz 100 Prozent des Nettolohnes beträgt. Deshalb sollte die Einführung der Lohnfortzahlung kein Anlaß sein, eine Verschärfung des Vertrauensärztlichen Dienstes zu propagieren.

Im neuen Entwurf ist unter anderem vorgesehen, daß der Vertrauensärztliche Dienst das Ergebnis seiner Begutachtung und die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit dem Arbeitgeber mitteilt, ferner auf seinen Antrag unverzüglich eine Begutachtung auszuführen ist. Dadurch würde der Vertrauensärztliche Dienst in ein Spannungsfeld widerstreben-der Interessen geraten, wobei Auswirkungen auch auf den Bereich des behandelnden Arztes nicht ausbleiben können.

Im übrigen muß es zwangsläufig das betriebliche Leben nachteilig beeinflussen, wenn in Zukunft beamtete Ärzte auf Veranlassung eines Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitern und Angestellten in Funktion zu treten haben. Auch hier zeigt sich, daß die Pläne zur Bekämpfung des "Leistungsmissbrauchs" in keiner vernünftigen Relation zu den Fakten unseres gesellschaftlichen Lebens stehen.

#### Leistungsmissbrauch und Kassenarzt

Die Vorstellungen des neuen Entwurfs über die "Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs" sind von tiefem Mißtrauen gegenüber der versicherten Bevölkerung und ihren behandelnden Ärzten getragen.

Alle Leistungen der Krankenversicherung erfolgen auf Grund ärztlicher Anordnung. Wer die "Missbrauchsbekämpfung" zu einer Grundlage seiner Pläne für die Krankenversicherungsreform macht, der kann sich nicht darauf beschränken, allein dem Empfänger der Leistungen entgegenzutreten. Er muß auch gegenüber dem tätig werden, der durch sein Wirken den "Leistungsmissbrauch" erst ermöglicht, also dem Kassenarzt.

Auch in seinem neuen Entwurf hält der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an seiner Vorstellung, "daß ein großer Teil der Versicherten bestrebt ist, herauszuholen, was möglich ist", an seiner Auffassung von den "vielen Mißbräuchen", fest. Wer mit solchen diffamierenden Werturteilen an eine Reform unserer Krankenversicherung herangeht, der muß zu falschen Regelungen kommen. Die Aufgabe einer sinnvollen Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung kann nur gemeistert werden, wenn sie weniger von Mißtrauen, sondern mehr von Vertrauen gegenüber allen Beteiligten, insbesondere den Versicherten, den Arbeitgebern, den Ärzten und der Selbstverwaltung getragen ist.